



“SYSTEMATISCH BENACHTEILIGT”

... seien die Schweizer Frauen von der Politik, sagt die brasilianische Politikwissenschaftlerin Malu Gatto. Sie fordert Geschlechterquoten – mit gutem Grund.



Finden Sie den Unterschied im Karriereleiterlied! Eine Kampagne von Manifesta Utilità - Graphic Design for Human Rights

Interview: Andrea Müller

annabelle: Malu Gatto, wie viele Länder in Lateinamerika kennen Gesetze für Geschlechterquoten in der Politik?

Malu Gatto: Zurzeit haben 16 von 18 Ländern Geschlechterquoten auf nationaler Ebene. Lateinamerika ist damit die Weltregion mit der dichtesten Quotengesetzgebung. Das ist kein Zufall.

Sondern?

Die Peronistische Partei in Argentinien war die erste Partei der Welt, die freiwillige Geschlechterquoten innerhalb der Partei einführte. Das geschah auf Initiative von Evita Perón. Argentinien war auch das erste Land der Welt, welches ein Gesetz für die angemessene Vertretung der Geschlechter in der Politik einführte. Das war 1991.

Sie haben untersucht, weshalb männliche Politiker sich gegen Geschlechterquoten wehren. Welche Rolle spielen da sexistische Motive?

Der Widerstand der Männer kommt nicht unbedingt von einer sexistischen Haltung, sondern es geht vor allem ums politische Überleben. Geschlechterquoten haben den Effekt, dass die für Männer verfügbaren Plätze reduziert werden. Also leisten sie Widerstand. Ist das nicht etwas gar kurz gegriffen? Ich würde nicht sagen, dass es nichts mit Sexismus zu tun hat. Aber wir müs-

sen unbedingt die strategische Seite beachten. Da Geschlechterquoten den männlichen Parlamentariern Nachteile bringen, bekämpfen sie sie, indem sie behaupten, Quoten seien unfair und undemokratisch. Nur geht eine solche Argumentation davon aus, Rekrutierungsprozesse für politische Ämter seien per se gerecht.

Sind sie das nicht?

Nein. Die Forschung zeigt, dass Nominierungsprozesse oft intransparent sind und von wenigen Leuten dominiert werden – eine Art Blackbox. Grundsätzlich geht es um Netzwerke und Ressourcen: Frauen können weniger Geld in einen Wahlkampf investieren, da sie im Schnitt weniger verdienen. Ausserdem arbeiten sie eher Teilzeit und sind beruflich seltener in Positionen, die ihnen Zugang zu einflussreichen politischen Personen verschaffen. Frauen werden somit von der Politik systematisch benachteiligt.

“Da Geschlechterquoten den männlichen Parlamentariern Nachteile bringen, bekämpfen sie sie, indem sie behaupten, Quoten seien undemokratisch”

Was kann eine Geschlechterquote daran ändern?

Sie zwingt Parteien dazu, sich aus ihrer Komfortzone zu bewegen und Frauen zu rekrutieren. Ein entsprechendes Gesetz definiert klare Selektionskriterien und bestraft Parteien, wenn ihre Kandidatenlisten die Vorgaben nicht erfüllen. Sie werden zum Beispiel von der Wahl ausgeschlossen.

Würden dann nicht Frauen in Ämter gewählt, für die sie gar nicht qualifiziert sind?

Die Forschung zeigt das Gegenteil: Eine Geschlechterquote führt dazu, dass schlecht qualifizierte Männer durch besser qualifizierte Frauen ersetzt werden.

Aber vielleicht stimmen Wählerinnen und Wähler einfach grundsätzlich lieber für Männer.

Auch diese Annahme kann widerlegt werden. Wenn Frauen kandidieren, werden sie sehr oft auch gewählt. Das sehen wir in vielen Kontexten, und da scheint auch die Schweiz keine Ausnahme zu sein. Betrachten wir die letzten Parlamentswahlen: 34.5 Prozent aller Kandidaten und 32 Prozent aller Gewählten waren Frauen. Das zeigt sehr klar, dass Wähler bereit sind, Frauen zu wählen. Das Problem ist die Rekrutierung.

Kann man aus der Erfahrung in Lateinamerika etwas darüber sagen, welchen Einfluss die höhere Frauenpräsenz auf die Themensetzung in der Politik hat?

Die Forschungsergebnisse sind nicht eindeutig. Einige sagen, dass Frauen eher frauenspezifische Themen im Parlament einbringen und diese oft über Parteigrenzen hinaus vertreten. Aber wir müssen aufpassen: Wenn wir von Frauenanliegen sprechen, gehen wir von einer einheitlichen Masse aus, die am gleichen Strick zieht. Das ist natürlich nicht der Fall. Es gibt Frauen mit feministischen Werten, Frauen mit einer traditionelleren Ideologie, und dazwischen gibt es viele Grautöne.

Worauf wollen Sie hinaus?

Gewählte Frauen, genauso wie gewählte Männer, sind nicht nur dazu da, ihr Geschlecht zu repräsentieren. Sie müssen auch die Interessen der Partei verfolgen und ihre Wählerschaft vertreten. Dadurch können sie sich nicht nur auf Genderthemen konzentrieren.

Bundesrätin Simonetta Sommaruga forderte vor einigen Monaten eine Frauenquote für den Bundesrat. Finden Sie diesen Vorschlag gut?

Grundsätzlich ja. In der Schweiz wird ja bereits auf die Regionen und Sprachen Rücksicht genommen,

warum also nicht auch auf eine gleichmässige Vertretung der Geschlechter? Erst mal ist es aber wichtig, zu betonen, dass hier das Parlament eine zentrale Rolle spielt. Wenn dort Frauen stärker vertreten sind, ist die Chance natürlich höher, dass sie auch in den Bundesrat gewählt werden. Ich hege allerdings die Befürchtung, dass, wenn eine Geschlechterquote im Nationalrat über eine Volksabstimmung herbeigeführt werden sollte, sich die Debatte dann nur um irgendwelche Vorurteile dreht und viel weniger um die potenziellen Vorteile.

Man hört von Quotengegnern oft das Argument, Frauen seien schlicht und einfach nicht interessiert an einem politischen Amt. Sehen Sie das auch so?

Das hört man überall, sogar in Lateinamerika, wo in manchen Ländern rund vierzig Prozent der Parlamentarier Frauen sind. Das stimmt natürlich nicht. Wenn Parteien aktiv versuchen, Frauen für eine Kandidatur zu gewinnen, dann finden sie auch genügend Interessentinnen. Das belegen Zahlen von Kantonsparlamenten wie in Baselland mit einem Frauenanteil von rund 37 Prozent. Untersuchungen haben zudem gezeigt, dass sich Frauen eher für ein politisches Amt interessieren, wenn sie sehen, dass andere Frauen kandidieren und gewählt werden.

Würden Sie also sagen, man muss Frauen zu ihrem Glück zwingen?

Ich würde es nicht genau so formulieren. Aber es ist wichtig, dass Parteien das politische Engagement von Frauen fördern. Denn je mehr Frauen wichtige politische Ämter bekleiden, desto eher wird Politik als geschlechterneutraler Raum wahrgenommen, von dem alle Teil sein können. Eine Quote würde vor allem in jenen Kantonen etwas verändern, in denen Frauen heute klar in der Minderheit sind. Ein Beispiel ist das Schwyzer Kantonsparlament mit einem Frauenanteil von 14 Prozent. Mit Quotengesetzen würden Frauen über alle Kantone hinweg mehr Sitze besetzen, und das würde sich auf die nationale Ebene auswirken.

Malu Gatto (28) ist promovierte Politikwissenschaftlerin, geboren in Salvador, Brasilien. Sie lehrt und forscht als Oberassistentin am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Zürich. Dieses Jahr erscheint ihr Buch mit dem Titel: «Insecure Men: Political Ambition and Resistance to Gender Quotas»